

Die Vollgeldinitiative zwischen allen Fronten

Statement von Dr. oec. Reinhold Harringer, St.Gallen, Mitglied des Initiativkomitees

an der Kampagnentag vom 19.3.2016

Liebe Vollgeld-Freundinnen und Freunde

Wir alle wissen, dass unsere Initiative politisch nicht einfach einzuordnen ist – das ist eine Gefahr, zugleich aber auch eine grosse Chance für uns.

Ich möchte zur politischen Einordnung einige Schlagworte und Argumente aufgreifen, die in der Diskussion bisher aufgetaucht sind und dazu einige persönliche Bemerkungen anbringen. Die Gedanken sind bekanntlich frei, aber ich hoffe, dass ihr der einen oder anderen Überlegung zustimmen könnt.

Revolutionär?

Einige der ersten Schlagzeilen zur VGI (Vollgeldinitiative) lauteten: „Die Geld-Revolution“ oder „Der Verein, der die Banken entmachten will“. Auch die SNB hat schon von einem „gigantischen“ Umbau des Finanzsystems gesprochen. Sind wir also Revoluzzer und Umstürzler? ... Wenn ich so in die Runde schaue, so finde ich, dass wir schon äusserlich diesem Bild nicht entsprechen.

Unsere Initiative kann auf eine über 70 jährige Diskussion in der ökonomischen Theorie zurückblicken und viele Oekonomen haben ähnliche Gedanken entwickelt. Von einer Revolution kann also keine Rede sein.

Auch wenn man die konkreten Vorschläge der VGI betrachtet, so wird sofort klar, dass unsere Vorschläge ausgewogen und sehr begrenzt sind: Der Staat soll das Geld herstellen und die Banken sollen Geld nur verleihen, aber nicht herstellen dürfen. Was soll daran revolutionär sein? Die Vorstellung, dass Banken Kredite nur vermitteln, ist eine konservative Vorstellung. Und wenn wir von den Banken ein Verhalten verlangen, dass sie früher selbst für richtig gehalten haben, dann müsste man uns wohl eher als konservativ, aber sicher nicht als revolutionär bezeichnen.

Nicht wir sind die Revolutionäre und Umstürzler – das sind vielmehr die Banken und die unaufgeklärten Parlamentarier, die in den letzten Jahrzehnten ein Geldsystem haben entstehen lassen, welches sich nicht mehr an der Grundidee der ursprünglichen Verfassung orientiert. Denn die Verfassung von 1891 wollte eigentlich, dass das Geld nur noch von der SNB kommt. Aber die technische Entwicklung, die Interessenpolitik der Banken und das Desinteresse der Oeffentlichkeit haben diesen Willen vergessen lassen.

Stehen wir politisch also rechts? Wohl kaum, denn ein Hauptvorwurf wird sein, dass wir viel zu staatsgläubig seien und der SNB bzw. dem Staat zu viel Macht geben würden.

Staatsgläubig?

Das Argument, die SNB erhalte zu viel Macht und dies könne zu einer zentralistisch gesteuerten Wirtschaft führen, wird ein ganz zentrales Argument unserer Gegner sein. Ausserdem wird argumentiert, die SNB sei viel weniger in der Lage die Bedürfnisse der Wirtschaft zu erkennen als die Banken.

Die erste Antwort auf diese Argumente wird immer sein, dass man klar zwischen Geld und Kredit unterscheiden muss: Das Geld kommt neu von der SNB, Kredite werden aber wie bisher von den Banken vergeben. Von einer zentralen Kreditkontrolle sind wir meilenweit entfernt.

Die zweite Antwort ist bereits etwas komplexer und hängt mit den Möglichkeiten zusammen, wie neues Geld in Umlauf kommen soll. Bekanntlich schlagen wir dazu drei Wege vor:

Erstens über Ausgaben des Bundes- oder der Kantone, zweitens über Ausgaben der Bürger/innen und drittens über verzinsliche Darlehen an die Banken.

Diese Darlehen der SNB an die Banken sind ein ganz zentrales Element in der kommenden Diskussion – und zwar aus verschiedenen Gründen:

a) die SNB kann sich auf diesem Weg das notwendige „Marktwissen“ der Banken aneignen und mit den bisherigen Instrumenten fein auf die Bedürfnisse des Marktes reagieren. Über die Festlegung der Bedingungen kann sie aber stärker als bisher und im Voraus agieren. Es braucht im VG keine allwissende SNB. Die SNB kann sich schrittweise und in Zusammenarbeit mit den Banken an das richtige Geldvolumen herantasten.

b) Die SNB kann auf diesem Weg die Geldmenge auch wieder reduzieren.

c) Die SNB kann auch, wenn sie diesen dritten Weg stark betont, den Uebergang zum neuen System weich und in kleinen Schritten gestalten. Allerdings fällt dann weniger Seigniorage an ... aber das wäre zu akzeptieren, denn die Seigniorage ist immer nur ein Nebenprodukt, aber nie das Hauptziel der VGI.

So staatsgläubig wie uns die Gegner darstellen wollen, sind wir also nicht. Wir sehen durchaus die Vorteile des Marktes – aber dieser Markt sollte fairer sein als bisher und ein so wichtiges Monopol wie die Geldschöpfung soll nicht den Banken überlassen werden.

Stehen wir also doch rechts und perfektionieren den Kapitalismus noch, statt ihn zu überwinden?

Keine Abschaffung des Kapitalismus

Es stimmt: Wir schaffen den Kapitalismus nicht ab. Aber wir können mit der VGI den überbordenden Finanzkapitalismus, den Turbokapitalismus, spürbar zähmen. Einerseits durch unser Grundmodell der staatlichen Geldschöpfung. Denn diese fast unbegrenzte Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken ist eine der Grundlagen für die Entwicklungen und Exzesse in den vergangenen Jahrzehnten.

Andererseits wird der Turbokapitalismus aber auch durch unser zweites Standbein begrenzt, nämlich durch die in der VGI enthaltenen Bestimmungen zur Finanzmarktregulierung. Wir erwarten vom Gesetzgeber, dass er „den Finanzmarkt im Gesamtinteresse des Landes ordnet“. Dass für den Gesetzgeber dabei ein recht grosser Spielraum besteht, ist uns bewusst. Aber mit diesen Bestimmungen zur Finanzmarktregulierung und der Vorstellung von Geld als Teil der öffentlichen Infrastruktur wird die Stellung des Gesetzgebers wesentlich gestärkt.

Sind diese Massnahmen und Erwartungen aber nicht viel zu schwach? Braucht es nicht viel stärkere Korrekturen am System um es nachhaltig und gerechter zu machen? Stehen wir also doch zu stark rechts und übersehen die Umverteilungsproblematik?

Zu wenig Umverteilung?

Wir haben nie behauptet, dass die VGI alle Probleme löst. Die Tendenzen zur Einkommens- und Vermögenskonzentration sind stark und über das Steuersystem und andere Massnahmen bleibt noch viel zu tun. Denn die Verteilungsfrage ist zweifellos eine der zentralen Fragen der Politik.

Aber die VGI bringt auch in diesem Bereich aus zwei Gründen eine Verbesserung.

Einerseits indem den Banken das Privileg zur Geldschöpfung weggenommen wird. Dieses Privileg hat den Banken und den mit ihnen verbundenen Akteuren immer wieder erlaubt, auf den Finanzmärkten fragwürdige Gewinne zu erzielen.

Auf der anderen Seite wird mit dem Vollgeld die Seigniorage der Allgemeinheit überlassen, entweder über die Ausschüttungen an den Bund bzw. die Kantone oder als Bürgerdividende. Auch dies wird einen Beitrag zu einer besseren Verteilungsgerechtigkeit und zu einer Entschuldung der Gesellschaft leisten.

Monetarismus?

Von linker Seite wurde auch schon kritisiert, wir würden einem primitiven Monetarismus nacheifern. Aber das ist falsch, denn wie bereits erwähnt, kann die Nationalbank weiterhin Darlehen an die Banken gewähren und damit auch eine nachfrageorientierte Geldpolitik betreiben. Und auch die Idee der Bürgerdividende ist eine Möglichkeit zur Steigerung der Nachfrage – auch dies entspricht eher einer keynesianischen Wirtschaftspolitik

Gegen die Banken?

Selbstverständlich wird vorgebracht werden, unsere Initiative würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken und damit auch Arbeitsplätze gefährden. Wir teilen diese Auffassung nicht, sondern meinen, dass die Banken mit einem sicheren Geld noch an Attraktivität gewinnen könnten. Uns geht es nicht darum, den Banken zu schaden – aber wir möchten auch nicht, dass sie mit staatlicher Hilfe Vorteile geniessen und Risiken eingehen, für die dann letztlich doch der Steuerzahler haftet.

Auch hier geht es letztlich um eine Grundsatzfrage, nämlich um die Frage, ob unter dem Diktat des Wettbewerbs eine unfaire Struktur gerechtfertigt werden soll, eine Struktur, die vor allem der Finanzwirtschaft nützt, der Realwirtschaft aber schadet.

Wir haben alles im Griff. Wirklich?

Ein wichtiges Argument gegen die VGI wird sein, dass wir in der Schweiz ja ein gut funktionierendes System haben, die Inflation bei den Konsumgütern ist niedrig, der Fall UBS ist schon bald wieder vergessen, der Bund hat reagiert und mit neuen Vorschriften die Sache im Griff. So der Tenor z.B. der Bankiervereinigung.

Wir haben hier einen schwierigen Balance-Akt vor uns: Es stimmt natürlich, dass wir in der Schweiz in einer privilegierten Situation sind. Aber die Inflation auf den Aktien- und Immobilienmärkten zeigen deutlich, dass auch wir unsere Probleme haben. Auch die vielen neuen Regulierungen sind ein klarer Beleg dafür, dass das Unbehagen beim Bund und den zuständigen Stellen nach wie vor gross ist. Denn auch sie wissen: Der nächste Crash kommt bestimmt.

Unsere Chance

Diese Position zwischen allen Fronten beinhaltet das Risiko, dass wir zwischen links und rechts erdrückt werden. Diese Gefahr ist real, denn bis heute ist es uns ja nicht gelungen, grosse Parteien und Verbände für uns zu gewinnen. Den Linken gehen wir zu wenig weit oder setzen am falschen Ort an, für die Rechte bringen wir einige Privilegien und den Finanzplatz in Gefahr.

Auf der anderen Seite hat diese Position auch den Vorteil, dass wir bisher nicht einer Seite zugeordnet werden. Es wäre ideal, wenn wir diese Neutralität so lange als möglich halten könnten und nicht von einer Seite vereinnahmt werden – was dann unweigerlich die Ablehnung durch die andere Seite zur Folge hätte. Es müsste also unser Ziel sein, so viele Kräfte wie möglich ausserhalb der üblichen Parteienlandschaft zu gewinnen. Und das ist das grosse Ziel unserer heutigen Tagung.

So wie sich die Zivilgesellschaft gegen die „Umsetzungsinitiative“ gewehrt hat, so müssen wir versuchen, die Zivilgesellschaft für unsere Botschaften zu gewinnen.

Uns geht es in erster Linie um ein „Echtes Geld für Alle“. Aber dahinter stehen Werte wie Sicherheit, Abbau der Staatshaftung für Banken, eine Stärkung der Realwirtschaft gegenüber der Finanzwirtschaft, es geht um einen Beitrag zur Lösung der Umwelt- und Verteilungsfragen.

Eine grosse Stärke unserer Initiative besteht auch darin, dass sie im Unterschied zu anderen Initiativen keine Detailvorschriften enthält, die sich nachher als Stolpersteine erweisen könnten.

Wir beschränken uns bewusst auf wenige Grundsätze – und auf diese müssen wir immer wieder hinweisen und versuchen, die Diskussion auf dieser grundsätzlichen Ebene zu führen.

Es gibt viel zu tun – packen wir es mit Vollkraft an.